

Vor einer Katastrophe in Korea?

UN-Front aufgerissen / 200 000 Kommunisten im Angriff / McArthur-Winteroffensive zusammengebrochen

PIJONGJANG. Starke Verbände der chinesischen Kommunisten haben nach letzten Berichten, die bereits über Tokio nach Washington weitergeleitet wurden, im Mittelabschnitt Nordwestkoreas Geländegevinne bis zu 32 km erzielt und drohen die gesamte UN-Front in Nordwestkorea einzukesseln. Die Winteroffensive General McArthurs ist somit völlig zusammengebrochen. An der Nordwestfront sind jetzt Verbände von insgesamt vier kommunistischen chinesischen Armeen festgestellt worden. Man spricht von insgesamt 200 000 Mann.

General McArthur gab am Dienstag in einem Sondercommuniqué bekannt, die Streitkräfte der UN sehen sich nunmehr einem „völlig neuen Krieg“ gegenüber. Nunmehr sei die Hoffnung zerstört, daß die chinesische Einmischung lediglich eine Geste darstellen solle und auf freiwilliger Grundlage erfolgte, wie von amtlicher chinesischer Seite bekanntgegeben worden sei. Immerhin habe die Offensive der UN-Truppen die chinesischen Vorbereitungen für einen späteren Ueberraschungsangriff zerschlagen.

Die kommunistischen Truppen rennen seit nunmehr zwei Tagen ohne Rücksicht auf Verluste ununterbrochen gegen die UN-Truppen an. Sie setzen kaum Artillerie ein, sondern verlassen sich hauptsächlich auf das ungeheure Uebergewicht ihres Menschenmaterials.

Die UN-Truppen wurden im ganzen Offensivabschnitt längst auf ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Teilweise sind die kommunistischen Verbände bei ihren Durchbrüchen bereits tief in das Hinterland vorgedrungen. Das gesamte zweite südkoreanische Korps ist zerschlagen. Im Raum von Jongwon und Tokchon wurde die alliierte Front auf einer Breite von rund 20 km aufgerissen. Drei kommunistische Divisionen sind in die Lücke vorgestoßen und im Vormarsch nach Süden begriffen. Auch am linken Flügel der Nordwestfront gelang den Kommunisten ein Durchbruch von größerem Ausmaß.

Allgemein wird befürchtet, daß die von McArthur unter dem Stichwort „Weihnachten ist der Krieg zu Ende“ eingeleitete Offensive der UN-Divisionen sich zu einer der schlimmsten Niederlagen im Koreakrieg entwickeln könnte, ja, man spricht davon, daß die UN-Front in Nordwestkorea nicht zu halten sei. Beobachter

in Tokio äußerten die Ansicht, McArthur habe seinen Wettlauf mit dem Winter verloren.

Nach Meldungen aus Paris sind Frankreich und Großbritannien übereingekommen, bei der amerikanischen Regierung einen neuen Vorstoß wegen der Schaffung einer Pufferzone in Nordkorea zu unternehmen.

China-Delegation bei UN-Sitzung

LAKE SUCCESS. Vertreter der Volksrepublik China erschienen am Montag erstmals vor den UN. Die chinesische Delegation nahm an der Sitzung des politischen Ausschusses teil, in der gegen die „amerikanische Aggression gegen Formosa“ verhandelt wurde.

SPD und CSU Brust an Brust

Bei den bayerischen Landtagswahlen KPD und WAV ohne Chance

MÜNCHEN. 24 Stunden nach Abschluß der bayerischen Landtagswahlen gab das Landeswahlamt das vorläufige Endergebnis bekannt. 28 Prozent aller abgegebenen Stimmen konnte die SPD auf sich vereinen und wurde somit nach dem Stimmenanteil vor der CSU (27,4 Prozent) stärkste Partei des Landes. Die Bayernpartei hielt sich auf dem dritten Platz, gefolgt von der DG/BHE und der FDP. Die größte Niederlage hatten die WAV und die KPD zu verzeichnen.

Die Auszählung der Stimmen war durch die komplizierte Stimmabgabe (durch die Einteilung in Stimm- und Wahlkreise) verzögert worden, so daß bis Montagabend keine Ge-

wißheit darüber herrschte, wer von den zwei großen Kontrahenten SPD und CSU Sieger werden würde.

Das vom Landeswahlamt veröffentlichte vorläufige Endergebnis zeigt folgendes Bild (in Klammern die Vergleichszahlen der Landtagswahlen von 1946 und der Bundestagswahlen von 1949):

Wahlberechtigt 6 025 798 (4 211 000; 5 991 000), abgegebene Stimmen 4 819 904 (3 190 000; 4 852 000) = 79,96 Prozent (75,8 Prozent; 81,1 Prozent). Davon entfielen auf CSU 2 526 780 = 27,4 Prozent = 64 Mandate (52,3 Prozent = 100 M.; 29,2 Prozent), SPD 2 586 659 = 23,0 Prozent = 63 M. (28,6 Prozent = 54 M.; 22,8 Prozent), Bayernpartei 1 656 512 = 17,2 Prozent = 39 M. (0 Prozent; 20,9 Prozent), DG/BHE 1 135 759 = 12,3 Prozent = 28 M. (0,0), FDP 652 139 = 7,1 Prozent = 12 M. (5,6 Prozent = 10 M.; 8,5 Prozent), WAV 260 188 = 2,6 Prozent = 0 M. (7,4 Prozent; 14,4 Prozent), KPD 178 683 = 1,9 Prozent = 0 M. (6,1 Prozent = 0 M.; 4,1 Prozent), Königsparlei 71 082 = 0,8 Prozent = 0 M.; (0,0). Der Rest der Stimmen entfiel auf die übrigen Splitterparteien.

Im neuen Landtag sind also die CSU mit 64 und die SPD mit 63 Mandaten die stärksten Fraktionen, gefolgt von der Bayernpartei, die mit 39 Sitzen, und der DG/BHE, die mit 28 Sitzen, erstmals als Fraktionen im Landtag vertreten sind. Auf Grund ihres Wahlerfolges in Mittelfranken konnte die FDP trotz ihres Landesdurchschnittes von nur 7,4 Prozent 12 Mandate erhalten. Die übrigen Parteien sind wegen der 10-Prozent-Klausel nicht im Landtag vertreten.

Besatzungsstatuts lägen seit vier Wochen „fertig in der Schublade“ und könnten jederzeit in Kraft gesetzt werden, sobald die Bundesregierung die von der New Yorker Außenministerkonferenz erbetene Zusage gemacht habe. Es geht dabei um die Anerkennung der Garantie, die für die europäische Verteidigung erforderlichen Rohstoffe und Erzeugnisse „in gerechten Anteilen“ zur Verfügung zu stellen. Für diese Zusage werde die Bundesrepublik die Erlaubnis erhalten, ein auswärtiges Amt zu errichten und außerdem in den Genuß einer Reihe von Erleichterungen auf dem Gebiet der Gesetzgebung des Außenhandels und der Industrie kommen.

„Nicht als Besatzungstruppen“

Erst Zusagen, dann Besatzungsstatutänderung

BONN. Bundeskanzler Adenauer sprach sich am Montagabend erneut für eine Abänderung des Besatzungsstatuts und seine Umwandlung in einen Sicherheitsvertrag aus. Die zu erwartenden Verstärkungen der alliierten Truppen, die man „nicht als Besatzungstruppen“ ansehen könnte, da sie doch schließlich die Sicherheit der Bundesrepublik übernehmen sollen, machten eine solche Abänderung notwendig.

Von alliierter Seite wurde am Montag bekannt, die Dokumente über die Revision des

Statuts lägen seit vier Wochen „fertig in der Schublade“ und könnten jederzeit in Kraft gesetzt werden, sobald die Bundesregierung die von der New Yorker Außenministerkonferenz erbetene Zusage gemacht habe. Es geht dabei um die Anerkennung der Garantie, die für die europäische Verteidigung erforderlichen Rohstoffe und Erzeugnisse „in gerechten Anteilen“ zur Verfügung zu stellen. Für diese Zusage werde die Bundesrepublik die Erlaubnis erhalten, ein auswärtiges Amt zu errichten und außerdem in den Genuß einer Reihe von Erleichterungen auf dem Gebiet der Gesetzgebung des Außenhandels und der Industrie kommen.

Noch einmal Kiehn

a.h. Der Fall Kiehn, der jenen umstrittenen Drei-Millionen-Kredit des Staates Württemberg-Hohenzollern an den Zigarettenpapierhersteller Fritz Kiehn in Trossingen umfaßt, schien im Rahmen eines Ausschusses des Landtags einer friedlichen und — so meinte man bereits — allzu geruhamen Erledigung entgegenzugehen. Nun hat die Untersuchung eine Dramatisierung erfahren, zu der in diesem Falle die Presse allerdings keinen Anlaß gegeben hat. Die Gründe dafür liegen vielmehr in erster Linie in der Person Kiehns, über dessen Geschäftspraktiken seit 1945 jetzt verschiedene, höchst zweifelhafte Dinge bekannt geworden sind. Wenn sich in dem seit fünf Monaten laufenden Steuerermittlungsverfahren die Richtigkeit der Vorwürfe ergibt, so erscheint Kiehn in einem Licht, das leicht dazu verführen könnte, auch die Tatsache der Kredithergabe unter einem neuen Gesichtspunkt zu sehen.

Das zweite Ereignis, das eine größere Anteilnahme der Öffentlichkeit an der weiteren Arbeit des Untersuchungsausschusses zur Folge haben wird, ist ein etwas temperamentvoller Vorstoß des sozialdemokratischen Abg. Künzel in der Montagsitzung des Ausschusses. Der Abgeordnete hat durch einige für die Frageform etwas zu pointierte und bereits eine Stellungnahme andeutende Fragen einen leichten Sturm hervorgerufen. Zu seinem ungewohnt scharfen Vorgehen mag ihn die Verhandlungsweise des Vorsitzenden verführt haben, der die Arbeit des Ausschusses gar zu schnell vorantreiben wollte und dadurch den — zweifellos unberechtigten — Anschein einer Voreingenommenheit zugunsten der Regierung erwecken konnte. Daß dadurch die Verhandlungen den Eindruck einer parteipolitischen Kontroverse zwischen SPD und CDU hervorgerufen haben, war allerdings bedauerlich, weil zu Beginn der Sitzung Künzel ausdrücklich im Namen seiner Fraktion versichert hatte, daß die SPD nicht etwa die Person des Staatspräsidenten angreifen, sondern nur Klarheit schaffen wolle.

Bei der Untersuchung durch den Landtagsausschuß geht es ausschließlich darum, zu klären, ob die Regierung bei der Kredithergabe leichtfertig gehandelt und ob sie irgendwelche Vorsichtsmaßnahmen oder Rechte der Volksvertretung dabei außer acht gelassen hat. Noch ist die Untersuchung nicht abgeschlossen, aber das scheint heute schon festzustehen: der Regierung wird man in dieser Hinsicht kaum einen berechtigten Vorwurf machen können. Eine weitere Frage, nämlich, ob die Regierung das Opfer von Beratern und von die Angelegenheit vorbehandelnden Ministerialbeamten geworden ist, muß und wird noch weiter untersucht werden, wie die Fragen und die Beweiserhebung des Abg. Künzel anzudeuten scheinen. Allerdings wird man auch hier ein endgültiges Urteil erst fällen dürfen, wenn der Kiehn-Ausschuß allen erhobenen Vorwürfen nachgegangen sein wird. Auch hier wollen wir einem schwebendem Verfahren nicht vorgreifen, doch sind wir auf Grund unserer eigenen Feststellungen, mindestens bis zum Beweis des Gegenteils, geneigt anzunehmen, daß auch Ministerialrat Vowinkel, der Hauptangeklagte, nur nach bestem Wissen und Gewissen und nicht in Abhängigkeit von Kiehn gehandelt hat.

Eine letzte Frage bleibt allerdings noch und sie gewinnt durch die Vorwürfe gegen Kiehn wegen Steuervergehen ein neues Gewicht. Mußte es gerade diese umstrittene Persönlichkeit sein, der die Regierung den Kredit gegeben hat? Aber vielleicht gab es zu der Zeit, als die Regierung eingeschaltet worden ist, tatsächlich nur Kiehn als Käufer der Chiron-Werke. Für die Regierung spricht weiter, daß der Zweck, den sie unter allen Umständen erreichen wollte, erzielt worden ist: Keine Arbeiter sind arbeitslos geworden. Es liegt nur an der Persönlichkeit Kiehns, gegen die wir ja seinerzeit bereits, nicht etwa nur aus politischen Gründen, die schärfsten Einwände erhoben haben, daß jetzt auch der Zweck dieses Kiehn-Mittel zur Rettung der Chiron-Werke nicht zu heiligen scheint. Herr Kiehn ist offenbar auch nach 1945 nicht ein Heiliger geworden. Selbst dann kann er nicht als ein solcher gelten, wenn man ihm als einem unter einem umstrittenen Ausnahmegesetz, dem Gesetz 52, Stehenden ein gewisses Notwehrrecht zugestehen wollte. Seine Steuer-manipulationen, von denen ein Kenner behauptet, sie seien so gerissen, daß man sie der Öffentlichkeit gar nicht in Einzelheiten verraten dürfe, da sie sonst gefährlich Schule machen könnten, scheinen zu zeigen, daß Kiehn im neuen Staat das geblieben ist, was er schon immer war und was er auch in Zukunft sein wird: ein bedenkenloser Geschäftemacher. Deshalb bleibt es so bedauerlich, daß sich niemand anders für die Sanierung der Chiron-Werke gefunden hat.

Aber noch aus einem anderen Grunde haben wir den Fall Kiehn erneut aufgegriffen. Im Untersuchungsausschuß war wieder die schon früher von uns zurückgewiesene Behauptung aufgetaucht, die Presse habe sich auf Wunsch einer bestimmten Stelle mit der

Strafferes Wirtschaftsprogramm

Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard bleibt / Festhalten der Marktwirtschaft

BONN. Am Montag hat Bundeskanzler Dr. Adenauer Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard zu einer längeren Aussprache über die geplante Straffung des Wirtschaftsprogramms der Bundesregierung empfangen. Am Dienstag hat Erhard Besprechungen mit Vertretern der Koalitionsparteien gehabt, denen er die Einzelheiten der beabsichtigten Maßnahmen mitgeteilt hat.

In einer Pressekonferenz versicherten Erhard und Vizekanzler Bücher, daß die Bundesregierung unbedingt an ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik festhalten und auch das Programm zum Ausgleich der Zahlungsbilanz keinen Kurswechsel bringen werde. Es sei der Plan der Regierung, nicht nur am Prinzip der Liberalisierung festzuhalten, sondern auf diesem Gebiet noch einen Schritt weiterzugehen und die bisher 60%ige Liberalisierung des Außenhandels auf 75% zu erweitern.

Das Programm der Bundesregierung sieht zum Ausgleich der Zahlungsbilanz für den Außenhandel eine Reihe hemmender Maßnahmen für den Import und eine Reihe fördernder Maßnahmen für den Export vor. Die Importnachfrage, vor allem nach Luxuswaren, soll durch eine spezifische Umsatzsteuer auf Gegenstände des entbehrlichen Verbrauchs verringert werden. Ausgesprochene Luxusgüter sollen aus der liberalisierten Einfuhr herausgenommen werden. Für den Export sind eine Reihe von Krediterleichterungen vorgesehen, darunter ein Kredit von 400 Millionen DM der Wiederaufbaubank zur Finanzierung langfristiger Exportgüter.

Steuerlich soll der Export ebenfalls gefördert werden. So sollen die Umsatzsteuerrückvergütungen neu festgesetzt und Gewinne aus

gesteigerten Exporten besonders begünstigt werden. Auch die Exportkreditversicherung soll erheblich erweitert werden. Die Bundesregierung beabsichtigt ferner, den Schrottexport zu fördern. Zur Belebung des Kapitalmarktes werden die steuerlichen Begünstigungen der Selbstfinanzierung eingeschränkt und zugleich die Dividendenabgabeordnung aufgehoben werden, die die Dividenden auf 6% beschränkt. Auch ein höherer Zinssatz für langfristige Gelder ist vorgesehen.

Zum Schluß gab Prof. Erhard zu, daß gewisse Verbrauchsbeschränkungen anfänglich unvermeidlich seien.

Noch aktuell?

Unterhaus befaßt sich mit politischer Vergangenheit deutscher Minister

LONDON. Im britischen Unterhaus kam es am Montag zu einer Debatte über die politische Vergangenheit von Mitgliedern der schleswig-holsteinischen Regierung. Ein Labour-Abgeordneter erklärte, vier der sechs Kabinettsmitglieder seien ehemalige Nationalsozialisten. Die britische Regierung solle dafür Sorge tragen, daß sie aus ihren politischen Positionen entfernt würden.

Der Staatssekretär im Außenministerium, Davies, erwiderte, fünf der sechs schleswig-holsteinischen Minister hätten in der Vergangenheit gewisse Verbindungen zur NSDAP gehabt, seien jedoch von keiner Entnazifizierungsinstanz als belastet angesehen oder vom politischen Leben ausgeschlossen worden.



Ilse Koch in der Unterhaltung mit ihrem Verteidiger Dr. Seidel kurz vor Beginn der Verhandlung. Foto: Ap

Weitere Altensteiger Stadtnachrichten

Filmvorschau der „Grüner Baum“-Lichtspiele
Über das kommende Wochenende läuft in den „Grüner Baum“-Lichtspielen der Kriminalfilm „Der Mann, der sich selber suchte“...

Der Mensch im Bilde der Handschrift

Der bekannte Graphologe und Gerichtssachverständige Wolfgang Schlunk von Ulm/D. sprach am Montag in Altensteig. Das Volksbildungswerk Altensteig wollte die Gelegenheit benutzen, einmal seiner Hörerschaft auch dieses Gebiet menschlicher Betätigung und menschlichen Zeugnisse näherzubringen...

50 Jahre Milchverwertungsgenossenschaft Ebhausen

Verdiente Ehrung der heute noch lebenden Gründungsmitglieder

Die Milchverwertungsgenossenschaft Ebhausen hatte ihre Mitglieder am vergangenen Samstag zur diesjährigen Generalversammlung eingeladen und verband damit gleichzeitig die Feier ihres 50jährigen Bestehens...

Rechner Oskar Holzäpfel gab für die Milchlieferung des Jahres 1949 folgende Zahlen bekannt: Gesamtanlieferung: 222.500 kg, davon wurden abgeliefert: 172.907 kg an die Molkereigenossenschaft Ebhausen...

Der Vorsitzende Jakob Kleiner begrüßte die zahlreich Erschienenen, an erster Stelle den Vertreter des Verbandes Landwirtschaftlicher Genossenschaften, Verbandsprüfer Held, Calw, sowie Direktor Krüger vom Milchhof Pforzheim und Bürgermeister Mutz.

Im Anschluß daran gab der Vorsitzende den Prüfungsbericht über die Umstellung der RM auf DM, der von der Versammlung einstimmig angenommen wurde.

Der Vorsitzende Jakob Kleiner dankte für die Glückwünsche, vielseitigen Anerkennungen und Ehrengaben und schloß den offiziellen Teil der Generalversammlung.

Ein geselliges Beisammenseit hielt die Mitglieder noch längere Zeit zusammen, zumal der Vorsitzende als Gastwirt für ein kräftiges Nachessen gesorgt hatte...

Der Vorsitzende Jakob Kleiner dankte für die Glückwünsche, vielseitigen Anerkennungen und Ehrengaben und schloß den offiziellen Teil der Generalversammlung.

Blick in die Gemeinden

Wir gratulieren

Rohrdorf, Waldmeister a. D. Karl Walz konnte seinen 72. Geburtstag feiern.

Flüchtlingsversammlung

Grönbach, Am 25. 11. 50, abends 8 Uhr, fand in der hiesigen Schule die erste Flüchtlingsversammlung statt. Redner war der Flüchtlingsobmann von Überberg...

Verdienter Ruhestand

Neuenbürg. Vor kurzem konnte Lehrer Schuckardt seinen 65. Geburtstag feiern. Die Kollegen, wie auch die Schulkinder brachten ihm dazu herzliche Glückwünsche entgegen...

Gründung des Enztaues der Sänger

Neuenbürg. Auf dem Bundestag am 7. Mai 1950 in Reutlingen wurde der Schwäb. Sängerbund Württemberg und Hohenzollern gegründet...

Zweiter Wohnblock für Kriegsopter

Wildbad. Die von der GSW (Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnbaugenossenschaft Südwürttemberg/Hohenzollern) in Wildbad begonnenen Bauten haben einen erfreulichen weiteren Fortschritt genommen...

teilte, Schlunk definierte die Schrift als Bewegung auf ein Ziel hin und als Arbeit. Die Schrift ist die Spur bzw. die Bahn einer menschlichen Bewegung, die zurückbleibt, sie ist eine Arbeit wie eine andere menschliche Arbeit auch...

Am kommenden Sonntag wieder Hallenradsport

Die Abteilung Radsport des VfL Altensteig tritt am kommenden Sonntag nachmittags wieder mit einem größeren radsportlichen Programm an die Öffentlichkeit...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband und von der Milchverwertungsgenossenschaft Ebhausen...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband...

zum 50jährigen Jubiläum und überreichte für jeden der 3 noch lebenden Gründer in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste je eine Ehrenurkunde vom Landesverband...

Ein Jahr Aufbauarbeit in Haiterbach

Vor der Beseitigung der Trinkwassersorgen

Wer in diesen Tagen von Salztetten die Straße nach Haiterbach herunterkommt, sieht schon von weitem einen hohen Bohrturm in dem Bachgrund vor den ersten Häusern stehen...

6 große Aufgaben waren gestellt

Als vor nunmehr einem Jahr mit der Ratshausweihe die 600-Jahrfeier der Stadt Haiterbach begangen wurde, stellte Bürgermeister Meroth 6 große Aufgaben in den Vordergrund der Kommunalpolitik...

Rechenschaft

In einer Bürgerversammlung, die in den nächsten Tagen in Haiterbach abgehalten wird, wird Bürgermeister Meroth Rechenschaft über die bisher geleistete Arbeit geben.

Wir haben im ablaufenden Jahr immer wieder berichten können, wie eine um die andere Aufgabe gelöst oder angepackt wurde. Von der Gemeinde wurde der Gasthof „Lamm“ erworben und dort geht der Einbau der geplanten Apotheke seiner Vollendung entgegen...

Die Instandsetzungsarbeiten an den Ortsstraßen sind teilweise erledigt worden und sollen laufend fortgesetzt werden.

Neue Aufgaben hinzugekommen

Weitere Aufgaben sind im Laufe des Jahres zu den gesteckten Zielen hinzugekommen. Die unter Reg.Verm. Rat Heidler eingerichtete Außenstelle Haiterbach des Katasteramtes Calw, hat am 1. Okt. ds. Ja. Verm. Assessor Elser übernommen...

Amliches für den Bezirk

Verkaufs-Sonntage vor Weihnachten 1950. Das Landratsamt hat die beiden Verkaufssonntage vor Weihnachten 1950 in der im Amtsblatt vom 16. 8. 1950 Nr. 24 veröffentlichten Anordnung nach vorheriger Fühlungnahme mit den beteiligten Berufskreisen auf den 17. und 24. Dezember 1950 festgesetzt...

Die in Calw wohnhaften Kraftfahrzeugbesitzer können ihre Treibstoffmarken zwischen dem 1. und 9. Dezember 1950 jeweils vormittags 8 bis 12 Uhr bei der Treibstoffstelle Calw, Marktplatz 20 (Zimmer 23) abholen...

Der vom Landratsamt - Umsiedlungsamt - Calw ausgestellte Ausgewiesenen-Ausweis Nr. 27.560 für Lothar Hallmann, Neuenbürg, ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Anton Ruß, Pappfabrik, Wildberg, Geschäftsinhaber: Anton Ruß, Pappfabrikant, Wildberg Kreis Calw.

Die Treibstoffmarken für Monat Dezember 1950 können von den Kraftfahrzeughaltern gegen Vorlage der roten Treibstoff-Kennkarte auf dem zuständigen Bürgermeisterrat (ausgenommen Stadt Calw) in der Zeit vom 1. bis 9. Dezember 1950 in Empfang genommen werden.

Am Samstag, den 23. Dezember 1950 bis 19 Uhr bestehen keinerlei Bedenken, da nach den geltenden Bestimmungen die Verkaufsstellen werktags ohne weiteres bis 19 Uhr offen gehalten werden dürfen.

Die Treibstoffmarken für Monat Dezember 1950 können von den Kraftfahrzeughaltern gegen Vorlage der roten Treibstoff-Kennkarte auf dem zuständigen Bürgermeisterrat (ausgenommen Stadt Calw) in der Zeit vom 1. bis 9. Dezember 1950 in Empfang genommen werden.

Die Treibstoffmarken für Monat Dezember 1950 können von den Kraftfahrzeughaltern gegen Vorlage der roten Treibstoff-Kennkarte auf dem zuständigen Bürgermeisterrat (ausgenommen Stadt Calw) in der Zeit vom 1. bis 9. Dezember 1950 in Empfang genommen werden.

Die Treibstoffmarken für Monat Dezember 1950 können von den Kraftfahrzeughaltern gegen Vorlage der roten Treibstoff-Kennkarte auf dem zuständigen Bürgermeisterrat (ausgenommen Stadt Calw) in der Zeit vom 1. bis 9. Dezember 1950 in Empfang genommen werden.

Die Treibstoffmarken für Monat Dezember 1950 können von den Kraftfahrzeughaltern gegen Vorlage der roten Treibstoff-Kennkarte auf dem zuständigen Bürgermeisterrat (ausgenommen Stadt Calw) in der Zeit vom 1. bis 9. Dezember 1950 in Empfang genommen werden.

dringendes Erfordernis zur Sicherung für den Grundeigentümer. Die starken Regenfälle der letzten Zeit haben das Problem einer ausreichenden Ortskanalisation wieder stark in den Vordergrund gerückt...

Am 13. Dezember soll das neugebaute Postamt gegenüber der „Traube“ bezogen werden, dort ist schon eine Wohnung im Dachgeschoß bezogen worden.

Die Erschließung neuer Quellen. Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

Ungebetet blieb bisher immer noch die Frage der Trinkwasserversorgung. Und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt unseres Vorberichts zur kommenden Bürgerversammlung...

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Stadt Altensteig

Die Ortspolizeibehörde Altensteig hat folgende ortspolizeiliche Vorschriften erlassen...

Ortspolizeiliche Vorschrift

über die Erhaltung der Ordnung und Reinlichkeit auf den Straßen und öffentlichen Plätzen

Unter Bezugnahme auf § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuches und auf Art. 51 und 52 des würt. Polizeistrafgesetzes wird folgende ortspolizeiliche Vorschrift über die Erhaltung der Ordnung und Reinlichkeit auf den Straßen und öffentlichen Plätzen der Stadt erlassen:

§ 1 Jede Verunreinigung der Straßen, Kandel, Gehwege, der öffentlichen Plätze und Anlagen ist verboten.

§ 2 Das Aufstellen von Wagen, die Lagerung von Holz o. ä. auf den Straßen, öffentlichen Plätzen und Anlagen, auf Straßenkandeln und Gehwegen ist untersagt.

§ 3 Die Verunreinigung der öffentlichen Brunnen und das Einlegen von Gegenständen wie Kübel, Weiden u. ä. in dieselben ist verboten.

§ 4 Die Haus- und Grundbesitzer und mit diesen die Hausbewohner sind verpflichtet, die Gehwege und Hofräume vor ihren Häusern und Grundstücken, sowie die Hofräume zwischen und hinter den Häusern sauber zu halten.

§ 5 Bei Schneefall hat jeder Haus- und Grundbesitzer und Hausbewohner für die Entfernung des Schnees auf den Gehwegen und Hofräumen vor den Häusern und Grundstücken zu sorgen.

derholen. Bei Eisbildung ist das Eis aufhacken zu lassen und für dessen Entfernung zu sorgen.

§ 6 An abschüssigen Stellen der Straßen und Wege innerhalb der Stadt darf mit Rodelschlitten und Schier nicht gefahren werden.

§ 7 Übertretungen dieser Vorschriften werden nach § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs bestraft.

Ortspolizeiliche Vorschrift über die Müllabfuhr

Auf Grund des Art. 51 ff. des würt. Polizeistrafgesetzes und § 366 Ziffer 10 Reichsstrafgesetzbuch wird folgende

ortspolizeiliche Vorschrift erlassen:

§ 1 Das Stadtbauamt läßt den Müll (Straßenunrat, Kehricht, Scherben, Küchen- und Gartenabfälle u. ä.), welcher sich bei einer gewöhnlichen Haushaltung ergibt und in die Mülleimer aufgenommen zu werden pflegt, auf den städtischen Müllplatz abführen.

§ 2 Der Müll ist an für die Abfuhr geeigneten Orten in beweglichen, dichten Behältern mit fest schließendem Deckel zu den vom Stadtbauamt bekannt gegebenen Zeiten bereit zu stellen.

§ 3 Für die Abfuhr des Mülls werden Gebühren nach einer besonderen Gebührenordnung erhoben.

§ 4 Die Abfuhr von gewerblichen Abfällen, welche nicht unter die vorstehenden Vorschriften fallen, kann durch Vertrag von der Stadt übernommen werden.

§ 5 Zuwiderhandlungen gegen die §§ 1 und 2 werden bestraft.

Ortspolizeiliche Vorschrift über das Entleeren der Abortgruben

Auf Grund Art. 30, 51 und 52 des Polizeistrafgesetzes und Art. 41 der Bauordnung wird folgende

ortspolizeiliche Vorschrift erlassen:

§ 1 Erlaubte öffentliche Anschläge aller Art dürfen nur an den hierfür bestimmten Anschlagssäulen und -Tafeln angebracht werden.

§ 2 Das Anbringen plakatartiger Aufschriften auf Gehwegen, an Gebäuden, Masten, Zäunen usw. durch Aufmalen oder auf sonstige Weise ist verboten.

§ 3 Die Bestimmung des § 1 findet keine Anwendung auf a) Bekanntmachungen öffentlicher Behörden, b) eigene geschäftliche Anschläge von Grundstückseigentümern, Mietern oder Pächtern an ihren Grundstücken, Häusern oder

ortspolizeiliche Vorschrift über die Entleerung der Abortgruben, sowie das Austragen und Wegführen ihres Inhalts erlassen:

§ 1 Die Entleerung der Abortgruben und das Austragen und Wegführen ihres Inhalts ist in den Monaten Mai bis September je einschl. von 9 Uhr bis 17 Uhr und in den Monaten Oktober bis April von 10 Uhr bis 15 Uhr verboten.

§ 2 In der übrigen (erlaubten) Zeit darf das Wegführen des Abortinhalts nur in gut verschlossenen Fässern erfolgen.

§ 3 Übertretungen dieser Vorschriften unterliegen der Strafbestimmung des Art. 30 des Polizeigesetzes.

Ortspolizeiliche Vorschrift über das Plakatanschlagwesen

Auf Grund Art. 2 des Gesetzes vom 27. Juni 1874 betr. Ausführungsbestimmung zu dem Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874, Art. 21 der Bauordnung, § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs und Art. 51 ff. des Landespolizeistrafgesetzes wird folgende

ortspolizeiliche Vorschrift erlassen:

§ 1 Erlaubte öffentliche Anschläge aller Art dürfen nur an den hierfür bestimmten Anschlagssäulen und -Tafeln angebracht werden.

§ 2 Das Anbringen plakatartiger Aufschriften auf Gehwegen, an Gebäuden, Masten, Zäunen usw. durch Aufmalen oder auf sonstige Weise ist verboten.

§ 3 Die Bestimmung des § 1 findet keine Anwendung auf a) Bekanntmachungen öffentlicher Behörden, b) eigene geschäftliche Anschläge von Grundstückseigentümern, Mietern oder Pächtern an ihren Grundstücken, Häusern oder

Mieterräumen, wenn die Anschläge nach Form und Inhalt nicht gegen die öffentlichen Interessen verstoßen.

c) die Reklame der Inhaber von Schaufenstern für gewerbliche Zwecke, Theateraufführungen, Schaustellungen, Konzerte usw., auch wenn diese zu Gunsten Dritter erfolgt.

§ 4 Jede Art beweglicher Reklame auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, insbesondere das Umherfahren mit Reklamewagen, das Umhertragen von Plakaten, Bildern usw., das Aufstellen und Umhergehen von Personen zu Reklamewecken, sowie öffentliches Ausrufen ist nur mit ortspolizeilicher Genehmigung gestattet.

§ 5 Die Anschläge dürfen nur mit Bewilligung der über die Anschlagstellen Verfügungsberechtigten und nur von solchen Personen angebracht und entfernt werden, denen die ortspolizeiliche Erlaubnis hierzu erteilt ist.

§ 6 Unberufenen ist das Vernichten, Wegnehmen, Unlesbarmachen oder sonstiges Beschädigen der Anschläge an den öffentlichen Plakatsäulen und -Tafeln verboten.

§ 7 Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Ortspolizeiliche Vorschrift über den Schutz des Feldbaues gegen das schadenlaufende Hausgeflügel

Auf Grund Art. 34 Ziffer 1, 51 und 52 des Polizeistrafgesetzes wird folgende

ortspolizeiliche Vorschrift zum Schutz des Feldbaues gegen das schadenlaufende Hausgeflügel erlassen:

§ 1 Hausgeflügel darf innerhalb und außerhalb Eters nicht schadenlaufen.

§ 2 Übertretungen dieser Vorschrift unterliegen der Strafbestimmung des Art. 34 des Polizeistrafgesetzes.

Mit dieser Bekanntgabe werden die vorstehenden ortspolizeilichen Vorschriften rechtswirksam.

Altensteig, den 25. November 1950.

Bürgermeisteramt.

Danksagung Hünenberg, den 26. 11. 1950 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme die wir beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Schwiegervaters, Großvaters u. Onkels Michael Kübler...

Bekanntmachung betr. die Polizeistunde Das Bürgermeisteramt hat folgende Verfügung erlassen: Die Polizeistunde wird für die hiesigen Gast- und Schankwirtschaften, auch Cafés, bis auf weiteres allgemein auf 24 Uhr, an Samstagen auf 1 Uhr festgesetzt.

Freiwillige Versteigerung Im Auftrage der Erben des Johann Martin Flaig, gew. Schneiders in Martinsmoos und seiner Ehefrau Barbara Flaig geb. Großhans daselbst werden am Donnerstag, den 30. November 1950, nachmittags 16 Uhr im Rathaus in Martinsmoos, deren Wohngebäude in der Korngrasse und etwa 1 Hektar Feldgrundstücke an den Meistbietenden versteigert.

Der Winter kommt! Es ist höchste Zeit daß Sie daran denken, für Ihre Gesundheit etwas zu tun! Darum ist der beste Helfer bei allen Erkältungskrankheiten wie Rheuma-, Gicht-, Ischias-, Nieren-, Magen- und Darmleiden usw. die 100000-fach bewährte und ärztlich empfohlene Angora-Gesundheits-Unterwäsche mit der hochproz. elektromagn. Eigenschaft.

Bücher für den Weihnachtstisch! Benützen Sie unsere große Auswahl jetzt schon Buchhandlung Ferd. Wolf Nagold

Praxis-Verlegung Ab 1. Dezember 1950 habe ich meine Praxis in Spezial-Fußpflege von der Paulusstraße in die neuerrichtet eingerichteten Räume in der Mühlstraße 225, neben Dr. Vogel, verlegt.

6000.- DM suchen ihre Besitzer! Große Werbe-Aktion! Wir veranstalten zur Werbedurchführung eine Werbe-Preis-Aktion. Hierbei kommen u. a. zur Verteilung: 1 Wohnzimmer, 1 Schlafzimmer, 1 Kücheneinrichtung, Radio-Apparate, Photo-Apparate, Armbanduhrn etc. über 3000 Preise

Gummiwärmflaschen 1,5 Liter ab DM 3.90 2 Liter ab DM 4.15 3 Liter ab DM 5.00 Gummizierschürzen farbig bemustert ab DM 1.40 Gummibettelagen 60x90 DM 2.10 das Meter ab DM 3.50 Badevorlegematten in Webmuster ab DM 5.70 Wasserkissen, Luftringe usw. im Sanitätshaus SCHAIBLE Nagold

Puppen repariert, Ersatzteile für Puppen vorrätig. Verkauf von Qualitätspuppen Friseurgeschäft O. Günther Altensteig

Knabenmantel für 5-6 Jahre, im Auftrag zu verkaufen Heinrich Bühler Schneidermeister Altensteig

Wir kaufen zu besten Tagespreisen Alt-Blei Zink Kupfer Messing Aluminium sowie Schrott aller Art Sickler & Gösele Stuttgart

Tonfilmtheater Nagold Mittwoch und Donnerstag 20 Uhr Der spannende Wild-West-Film Mit Büchse und Lasso Ab Freitag das Lustspiel Hochzeitstorte zu Dritt

Der Mann der sich selber sucht Ein lustiger Ausstellungsfilm Freitag, Samstag, Sonntag je 30 Uhr Sonntag Nachm. 14.30 Uhr

Eine Frau wird rascher südländisch, wenn des Mannes Kinn nicht bündlich ist! Glattis

von Friseur Weinstein Altensteig Verkauft 2 Paar neue schwarze Tuchhosen für mittlere Größe. Zu erfr. in der Geschäftsst. Altensteig

Zug-Ochsen 20 Ztr. schwer Richard Möhrle, Huxenbach Verkauft ein in das Herdbuch eingetragenes 10 Monate altes Rind (Rotschd.) Rothfuß, Farrenhalter, Ebershardt Kreis Calw

Das kostenlose Weihnachtsgeschenk! 6 prächtige Buchkassetten mit wertvollen Handbüchern für Haus, Beruf und Leben Für jeden erworbenen Abonnenten - eine Buchkassette! Verlangen Sie bitte von einer unserer Geschäftsstellen in Nagold oder Altensteig einen Bestellschein für die Kassette, die Sie sich wünschen und lassen Sie den neu erworbenen Abonnenten dort Namen und Adresse eintragen!

Lebhafte Sitzung im Kiehn-Ausschuß

Abg. Künzel verläßt unter Protest die Sitzung

BEBENHAUSEN. Der Ausschuß des Landtags von Württemberg-Hohenzollern zur Untersuchung des Falles Kiehn (Efka-Werke Trossingen und Chiron-Werke Tuttingen) ist am Montag in Anwesenheit des Staatspräsidenten Dr. Müller zu einer Sitzung zusammengetreten. Der Vorsitzende (CDU) Abg. Schneider, wollte ursprünglich die bisherigen Ergebnisse feststellen. Er legte eingangs dar, daß der Ausschuß folgende Tatbestände zu klären habe: 1. Die Darlehenshingabe durch die Regierung, 2. die Person Kiehns, 3. das Organisationsverhältnis zwischen Chiron- und Efka-Werken. Schneider betonte, daß der Ausschuß keinem Druck nachgeben, sondern objektiv urteilen werde.

Zu einem ersten Zwischenfall kam es, als die Abg. Metzger (SPD) äußerte, sie habe den Eindruck, daß in diesem Ausschuß „Freunde Kiehns“ säßen. Sie verwies dabei auf eine Presseerklärung des Kreisvorstandes Tuttingen der CDU. Der Abg. G o g erklärte, er habe wesentliche Bedenken, noch mitzumachen, wenn ein Mitglied solche Vorwürfe erhebe. Abg. Becker (KPD) verwies auf die Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht Tuttingen im Falle Beinert, eines früheren Prokuristen Kiehns. Der Abg. D o l d (CDU) erklärte sich für nicht befugten, da er weder mit Kiehn noch mit den Efka-Werken oder Chiron etwas zu tun habe. Er habe den Artikel des Kreisvorstandes zwar nicht vorher gekannt, decke ihn aber vollständig.

Der Ausschußvorsitzende stellte dann zunächst fest, daß die Regierung auf Grund der Gesetze und der Zustimmung des Finanzausschusses berechtigt war, den Kredit zu geben. Staatspräsident Dr. Müller vertrat die Ansicht, daß der Staat jederzeit Wechsel aufkaufen könne, um die laufenden Betriebsmittel anzulegen. Wenn die Regierung Finanzausschuß und Aeltestenausschuß beteiligt habe, so sei das darauf zurückzuführen, daß sie bei der politischen Bedeutung der Angelegenheit ein Uebrißes tun wollte. Haushaltsrechtlich gesehen sei sie jederzeit zu solchem Handeln berechtigt. Abg. S c h n e i d e r meinte, daß es eine Kreditfrage gewesen sei, auch wenn es sich um Wechselaufkauf gehandelt habe. Der Staatspräsident sagte eine genauere haushaltsrecht-

liche Prüfung des ganzen Problems zu. Die Frage des Abgeordneten K ü n z e l (SPD), ob auch noch andere solche Geschäfte gemacht worden seien, wurde vom Staatspräsidenten verneint. Künzel äußerte dann Bedenken, weil Betriebsmittel, die angelegt werden, innerhalb eines Jahres abzudecken sind. Aber hier handle es sich um einen Zeitraum von zwei Jahren. Seiner Meinung nach hätte diese Kreditfrage dem Plenum des Landtags vorgelegt werden müssen.

Der Staatspräsident wies demgegenüber darauf hin, daß sämtliche Fraktionen sich bisher mit dieser Art einverstanden erklärt haben. Es sei auch nicht gut möglich, anders zu verfahren. Dr. Müller erinnerte dann daran, daß eines der größten Bankinstitute sich bereit erklärt hatte, die Kiehn-Wechsel zu übernehmen. Die Transaktion sei aber infolge der Zeitungsangriffe gegen Kiehn gescheitert.

Die Frage, ob die Staatsregierung verpflichtet gewesen wäre, noch andere Interessenten für die Chiron-Werke ausfindig zu machen, wurde nach der Darstellung des Vorsitzenden dahin erklärt, daß die Regierung kein Recht und keine Verpflichtung hatte, für einen privaten Betrieb Käufer zu suchen.

Zu einem erneuten Zwischenfall kam es, als der Abg. K ü n z e l 18 Fragen und Beweisanträge anknüpfte. Die Form der Formulierungen führte jedoch bei der dritten Frage dazu, daß der Staatspräsident verlangte, Ministerialrat Vowinkel sofort die Gelegenheit zu geben, zu einzelnen Beschuldigungen Stellung zu nehmen. Als der Vorsitzende sich weigerte, vor der Antwort Vowinkels dem Abg. Künzel, der sich angegriffen fühlte, noch einmal das Wort zu geben, verließ der Abgeordnete unter Protest die Sitzung, wobei er ankündigte, daß er seine Fragen nun im Plenum des Landtags vorbringen werde.

Der Ausschuß beschloß darauf, daß Künzel seine Anträge schriftlich einreichen und daß der Ausschußvorsitzende zusammen mit zwei weiteren Ausschußmitgliedern das Material prüfen und gegebenenfalls die Ladung der genannten Zeugen vornehmen soll.

Ministerialrat Vowinkel betonte zunächst, daß auch ein Beamter eine Ehre habe

und daß es nicht angängig sei, ihn mit unbewiesenen Behauptungen zu diffamieren. Er sei bereit, seine Ausführungen durch Zeugenaussagen zu erhärten. Kiehns Schwiegersohn, Trippel, kenne er nur aus zwei kurzen Besprechungen, die er während des Krieges mit ihm wegen Auferlegung einer Ordnungsstrafe hatte. Irgendwelche andere Beziehungen zu Trippel habe er nicht. Damit erledigte sich auch die Behauptung, daß er (Vowinkel) im Zustand weitgehender Abhängigkeit von Trippel sich befinde. Er stelle dann auch eine Darstellung richtig, die einen Besuch des Prokuristen Beinert betraf. Er habe Beinert lediglich zu dem zuständigen Beamten der Vermögensverwaltung gebracht.

Staatspräsident Dr. Müller gab zum Schluß eine Erklärung der Landesregierung ab. Schon vor fünf Monaten sei ein Steuerermittlungsverfahren gegen Kiehn eingeleitet worden. Die Erhebungen, die sich infolge der Größe des Werkes sehr schwierig gestalteten und sich über mehrere Bundesländer erstreckten, stünden nun unmittelbar vor dem Abschluß. Soweit sich ein Verdacht strafbarer Handlungen des Betriebsinhabers oder des früheren Sachbearbeiters ergebe, würden die Akten der Staatsanwaltschaft übergeben. Die Staatsregierung habe, so betonte der Staatspräsident ausdrücklich, das größte Interesse daran, daß alles aufgeklärt werde.

Nach Ausschluß der Öffentlichkeit gab Staatspräsident Müller noch Einzelheiten aus dem schwebenden Verfahren gegen Kiehn bekannt.

Mitte Dezember tritt der Ausschuß erneut zusammen.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen im Kiehn-Untersuchungsausschuß werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß der für die Efka-Werke zuständige Sachbearbeiter der WVT (Württembergische Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft) weder im Zusammenhang mit den laufenden Steuerermittlungen noch mit den im Arbeitsgerichtsprozeß von Beinert gemachten Angaben vernommen oder befragt worden ist.

Unser Kommentar

Auch in Bayern

H.B. Die Sozialdemokraten haben bei den bayerischen Landtagswahlen mit einer erstaunlich hohen Wahlbeteiligung die bisherige alleinige Vormachtstellung der CSU im alten Landtag gebrochen. Die Bayern-Partei, die bisher nicht als Fraktion im Landtag vertreten war, hat sich knapp ihren Anteil bei den Bundestagswahlen bewahren können und die DG/BHE zieht als viertstärkste Fraktion ebenfalls neu in das Maximilianeum. Die Opposition gegen die Bonner Regierungskoalition hat, genau wie in Württemberg-Baden und in Hessen, also auch im bayerischen Landtag die Oberhand gewonnen.

Bei der Beurteilung dieser Kräfteverschiebung in Bayern haben die besonderen und sich hart aneinander reibenden politischen Verhältnisse in diesem unruhigen Lande die entscheidende Rolle gespielt. Die CSU als Hauptleidtragende Partei wurde in den vergangenen Jahren immer wieder in ihrer Struktur erschüttert. Hatte schon die Abspaltung des Baumgartner-Flügels, dem die Ehardische CSU nicht bayerisch genug war und der sich deshalb als Bayern-Partei als Oppositionsgruppe vor allem gegen eine zu starke Bindung des Landes an den Bund konstituierte, entscheidend geschwächt, so blieben auch die internen CSU-Spannungen vor allem zwischen Ehard und Hundhammer nicht ohne Folgen für das Ansehen der Partei.

Nach ihrem ersten Erfolg bei der Bundestagswahl hat es die BP auf die Dauer nicht verstanden, durch eine vornehmlich auf die partikularistischen bayerischen Gefühle abgestellte Politik ihre Stellung bei den Wählern so auszubauen, daß sie die Nachfolge der früheren bayerischen Volkspartei antreten konnte. Die Unsauberkeiten einiger Bundestagsabgeordneter, die vor allem durch die „Spiegel“-Affäre viele Gemüter erschütterte, haben der Partei den von ihr erhofften Erfolg vereitelt.

Nutznießer der inneren CSU-Schwäche, der Bonner CDU-Politik sowie der Vorkommnisse in der BP wurde vor allem die SPD, die durch ihre Politik der Negation Bonn gegenüber sich auch in Bayern viele Sympathien erworben hat und — innerlich am festigsten — ihren bisher größten Erfolg in diesem Land registrieren durfte.

Das Absinken der Flüchtlingsgruppe unter Götzendorf von der WAV wurde der Partei Alfred Loritz, die durch ihre zu sehr randalierenden Exponenten selbst in Bayern viele Anhänger abgeschreckt hat, zum Verhängnis: sie mußte ihre Mandate der DG/BHE, die ein auf die Dauer fragwürdiges Wahlbündnis eingegangen hatten, überlassen. Die FDP konnte ihre Position gegenüber 1946 verbessern.

Die künftige Regierungsbildung dürfte recht problematisch sein: ganz gleich ob SPD oder CDU Regierungspartei werden, sie müssen sich mit den anderen Fraktionen zusammenschließen. In beiden Fällen entstünde eine Koalition voll innerer Spannungen.

Etwas voreilig

ez. Als der Oberkommandierende der UN-Truppen in Korea am vergangenen Wochenende zum letzten Generalangriff blies und bei seinem Frontbesuch amerikanischen Soldaten gegenüber sogar erklärte, er hoffe sein früheres Versprechen, sie würden bis Weihnachten wieder zu Hause sein, doch noch halten zu können, durfte man annehmen, daß die Beendigung des Koreakrieges nur noch eine Frage von Tagen sein würde. Dazu äußerten amerikanische Delegierte in Lake Success, der Plan einer Pufferzone in Korea sei durch die Schlußoffensive bereits hinfällig geworden. Inzwischen ist jedoch ein Rückschlag eingetreten, der bereits bedrohliche Formen angenommen hat, nachdem die UN-Truppen nicht nur auf ihre Ausgangsstellungen von voriger Woche zurückgeworfen wurden, sondern sogar der Gefahr einer Einkesselung im Offensivabschnitt ausgesetzt sind.

Damit soll der nordkoreanisch-rotchinesischen Gegenoffensive nicht voreilig die Bedeutung zuerkannt werden, als neuerliche Wendung im Koreakrieg entscheidendes Gewicht zu haben. Falls Peking seine bisherige Politik fortsetzt und sich nicht noch stärker engagiert, sondern an den Verhandlungen in Lake Success aktiv Anteil nimmt — es rücht sich eben, daß das China Mao Tse-tungs nicht längst in die UN aufnahm —, wird im Grundsätzlichen sich nichts ändern. Schließlich halten ja die UN-Truppen den überwiegenden Teil Koreas bereits besetzt und dürften nicht so ohne weiteres wieder sich vertreiben lassen.

Das Korea-Problem ist, so wie die Dinge einmal liegen, militärisch allein nicht zu lösen. Mehr denn je verschiebt sich der Schwerpunkt nach Lake Success, wo am Verhandlungstisch endlich etwas erreicht werden müßte. Die beiderseitige Verkrampfung läßt nur wenig Hoffnung in dieser Richtung aufkommen. Da sich aber bisher eine andere Möglichkeit nicht abzeichnete, wird man dort wohl oder übel so lange verhandeln müssen, bis man die unumgängliche Kompromißlösung gefunden hat.

Inzwischen wird Korea vollends zerstört, werden weiterhin Menschen dem Moloch Krieg geopfert. Doch wann hätten Regierungen sich jemals davon sonderlich beeindruckt lassen? Schon gar nicht zu rechnen ist damit im heutigen weltweiten Kampf der Ideologien.

USA-Kommunisten angeklagt

WASHINGTON. Der ehemalige Vorsitzende der KP der USA, Earl Browder, ist zusammen mit fünf anderen führenden Kommunisten am Montag wegen Mißachtung des Kongresses von der USA-Regierung unter Anklage gestellt worden. Die Anklage begründete sich auf der Weigerung der sechs, von Kongreßausschüssen gestellte Fragen zu beantworten bzw. Informationen preiszugeben. Es ging dabei um die Überprüfung von Behauptungen, nach denen sich Kommunisten in der amerikanischen Regierung befinden sollen.

Die jungen Europäer werden ungeduldig

Die Kundgebung in Straßburg / Jugend hat sich bereits gefunden

Von einem Teilnehmer der Straßburger Kundgebung der europäischen Jugend, über die wir bereits kurz berichtet haben, erhalten wir den folgenden ergänzenden Bericht:

Für jeden, der in den vergangenen zwei Wochen in Straßburg die Folge von Kongressen der verschiedenen Europabewegungen miterlebt hat, für jeden, der gesehen hat, wie unfähig die Beratende Versammlung des Europarates ihrer eigentlichen Aufgabe, der Sprengung des Europastatutes, gegenübersteht, bedeutet die Kundgebung der europäischen Jugend ein Lichtscheit. Endlich trat in der Stadt, die im vergangenen Jahr zum Zentrum der Bestrebungen zur Einigung Europas geworden ist, die Kraft wirksam in Erscheinung, für die Europas Verschmelzung zu einem gemeinsamen Vaterland längst zur Lebensfrage geworden ist: die europäische Jugend. Es war der Sinn dieser von den Herren Mille und Moushelli — zwei der aktivsten Europäer — organisierten Sternfahrt, dem Europarat zu verdeutlichen, daß die Jugend Europas keine Geduld mehr hat, daß sie bereit ist, wenn nötig, durch bürgerlichen Ungehorsam die Initiative den impotenten „Berufseuropäern“ aus der Hand zu nehmen. So war es auch ganz im Sinn dieser Aktion, daß vor allem die jungen Deutschen, die in einer Prozession von mehr als 20 Omnibussen vom Sammelpunkt Heidelberg aus nach Straßburg gekommen waren, größtenteils die Grenze ohne Paß und Visum überschritten hatten. Von den vielen Gruppen, die aus den verschiedenen Ländern nach Straßburg kamen, seien nur die stärksten erwähnt: aus Belgien kamen etwa 12 Autobusse, aus dem Saarland 20, aus der Schweiz 6. Aus Italien waren etwa 300 junge Leute, meist Studenten der Universitäten Turin und Mailand anwesend. Sehr stark waren natürlich auch die Franzosen vertreten, die aus allen Teilen Frankreichs nach Straßburg fuhren.

Im Europahaus selbst, wo gerade die große Verteidigungsdebatte stattfand, sah man dem Freitagabend begreiflicherweise mit einem gewissen Unbehagen entgegen. Schon am Vormittag wurde die Schließung aller Türen des Gebäudes mit Ausnahme einer kleinen Hintertür angeordnet, und um 18.30 Uhr wurde das Europahaus von einer dichten Kette von Wechsoldaten umstellt. Weitere Schutzeinheiten standen im gegenüberliegenden Orangeriepark in Bereitschaft.

Um 19.30 Uhr begann die Demonstration. Mit Tausenden von Fackeln, mit Schriftbändern und Europafahnen stellten sich die jungen Europäer in schweigender Demonstration vor dem Europahaus auf. Der Präsident der Beratenden Versammlung, Paul Henri Spaak, begrüßte die Demonstranten und wies darauf hin, daß die Jugend in der Schaffung Europas ihre große Aufgabe sehen solle, daß diese Aufgabe schwer sei, und daß das Ziel nicht sein solle, für Europa zu sterben, sondern für Europa zu leben.

Nachdem Spaak erklärt hatte, daß die schnelle Erfüllung der Wünsche der Jugend Europas schwierig sei, machte sich der Unwille der Demonstranten in erregten Zwischenrufen und Sprechchören Luft, und als ihr Sprecher nach der Rede Spaaks eine Erklärung der Jugend Europas abgab, verpflichteten sich die Demonstranten begeistert mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eine europäische Föderation zu schaffen, die Grenzen nicht mehr anzuerkennen und Europa zu verteidigen, aber nur wie ein gemeinsames Vaterland.

Anschließend an die Demonstration zogen die jungen Europäer im Fackelzug durch Straßburg. Den Abschluß des Abends bildete eine Rede des Präsidenten der Union Europäischer Föderalisten, Henry Frenay, eines der aufrichtigsten und tätigsten Europäer. Frenay wies darauf hin, daß man nicht darauf warten könne, daß im Europahaus Europa geschaffen werde. „Die Zeit ist nicht auf unserer Seite“, rief er seinen jungen Freunden zu. Die Schaffung einer europäischen Verfassungsgebenden Versammlung sei von dringender Notwendigkeit. Man müsse in die Hauptstädte gehen und den Parlamentariern klarmachen, daß man keine Beteuerungen, sondern Taten wolle.

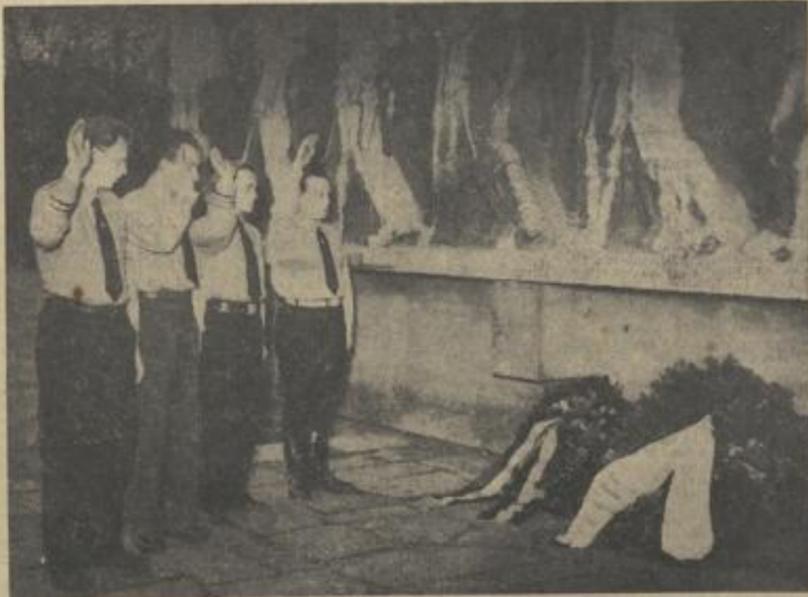
Im Laufe der Nacht noch mußten die meisten der jungen Europäer ihre Rückreise antreten. Hier ist den Organisatoren Mille und Moushelli ein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Es hätte sich gelohnt, die vielen tausend Kontakte, die sich in den wenigen Stunden er-

geben hatten, auszubauen und zu festigen, sei es in den gemütlichen Restaurants von Straßburg, sei es auch nur in den stehenden Autobussen. Gewiß, die Straßburger Demonstration wird für alle ein starker Eindruck bleiben, und dieser Eindruck wird weitergetragen werden, aber wie kann die deutsche, die italienische, die französische Jugend zu einer europäischen Jugend werden, wenn der nationale Horizont nicht durch persönliche Berührung mit dem übrigen Europa erweitert werden kann? Die enthusiastische Aufnahme der jungen Deutschen in Straßburg von allen anderen nationalen Gruppen, die Aufgeschlossenheit, die man für unsere Probleme zeigte, sind mehr als erfreuliche Begleiterscheinungen. Sie beweisen, daß zumindest für die Jugend Frankreichs, Belgiens, Italiens usw. Deutschland mehr gilt als das Objekt im kalten Krieg, als das es im Bereich der Machtpolitik so oft behandelt wird. Auch ist es für uns Deutsche erfreulich, unsere Sprache wieder im internationalen Gespräch zu hören.

All das weist darauf hin, wie wichtig es ist, die Aufgabe jetzt gründlich zu erfüllen, die zwischen den beiden Weltkriegen so mangelhaft erfüllt worden ist: weitgehende Austauschmöglichkeiten für die jungen Menschen aller sozialen Schichten zu schaffen. Gibt es denn überhaupt eine sinnvollere Investitionsmöglichkeit für öffentliche als private Geldmittel? Oder besteht zu wenig Interesse an einer solchen wirksamen Entgiftung der europäischen Atmosphäre?

Ähnliche Demonstrationen wie die gestrige sind für das kommende Jahr vorgesehen, und zwar in noch größerem Ausmaß. Unter anderem wird eine langdauernde „Belagerung“ des Europahauses in Straßburg im kommenden Sommer geplant. Der Sinn dieser Demonstrationen, wie auch der gestrigen in Straßburg, kann nur im Zusammenhang mit den sich ebenfalls in den letzten Tagen in Straßburg konzentrierten Bemühungen der Europabewegungen um einen Fortschritt dort, wo die Beratende Versammlung versagt, verstanden werden.

D. F.



Schon wieder... In Hamburg legte am Totensonntag der zweite Bundesvorsitzende der Vaterländischen Union, Köhler (paus rechts), in Begleitung einer Abordnung seiner mit braunen Hemden bekleideten Saal-Ordner einen Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife nieder. Anschließend hoben er und seine Begleiter die Hände zum Gruß. Foto: Ap

Keine Ahnung

Ilse Koch hat nichts gesehen

AUGSBURG. Während der ersten beiden Verhandlungstage im Prozeß gegen Ilse Koch, die wegen Mords und versuchten Mords an KZ-Häftlingen vor Gericht steht, hat die ehemalige „Kommandeuse von Buchenwald“ behauptet, niemals im Lager Buchenwald etwas gesehen zu haben, was gegen die Gesetze der Menschlichkeit verstoßen hätte.

Trotz eindringlicher Vorhaltungen von seiten des Richters sagte die Angeklagte, sie habe niemals eine Reitpeitsche besessen und sie habe auch niemals im Lager Häftlinge geschlagen. Sie sei zu sehr mit der Erziehung ihrer beiden Kinder beschäftigt gewesen, als daß sie etwas hätte bemerken können.

Mit der einen Hand geben — mit der anderen nehmen

Höhere Stahlquote — aber Beharren auf zu hohen Kohlenexport / Blick auf den britischen Kohlenbergbau

Nach einem Bericht aus Essen hat sich der Anstieg der westdeutschen Steinkohlenförderung in der vergangenen Woche erneut fortgesetzt. Die arbeitstägliche Durchschnittsförderung überschritt mit 291 568 t erstmalig seit Kriegsende die 300 000-t-Grenze. Einschließlich der Sonderschichten am Bunttag wurden in der Berichtwoche 2 316 475 t Steinkohle gefördert (gegenüber 2 313 454 t in der Vorwoche mit sechs vollen Arbeitstagen).

Einzigste Abhilfe: Exportquote verringern
Aber selbst diese laufende und gewiß erfreuliche Steigerung der Förderungsleistung wird uns vor großen Versorgungs- und Produktions-schwierigkeiten nicht bewahren. Die Kohlenversorgung bleibt weiter angespannt; nach einer Aeußerung der deutschen Kohlenbergbauleitung werden die an Steinkohlen und Koks verfügbaren Mengen auch im Dezember nicht ausreichen, um den industriellen Bedarf zu decken. Es wird von der DKBL auch darauf hingewiesen, daß die Förderung zwischen Weihnachten und Neujahr infolge der Familienheimfahrten vieler im Revier nicht behelmeter Bergleute abzusinken pflegt und der Dezember überdies nur 24 Arbeitstage hat. Dagegen laufen die großen Betriebe kontinuierlich auch an den Feiertagen weiter. „Es wird“ — so heißt es abschließend in der Erklärung — „dabei trotz aller Anstrengungen der im Bergbau Beschäftigten nicht möglich sein, die übrigen industriellen Verbraucher voll mit Kohlen zu beliefern.“ Direktorium und Beirat der DKBL erblicken nur darin eine Möglichkeit zu durchgreifender Hilfe, daß die Exportmengen zugunsten der Inlandsversorgung verringert werden und die Mehrförderung ausschließlich den inländischen Verbrauchern zufließt.

Sind Formfragen entscheidend?

JK. Unterdeutschen sind von amerikanischer Seite Vorwürfe zum Ausdruck gebracht worden; es heißt in ihnen, die von der Ruhrbehörde festgesetzte Kohlenexportquote für das erste Quartal 1951 sei deshalb so hoch, weil die Bundesregierung sie von der Ruhrbehörde dazu angeforderten deutschen Unterlagen nicht eingereicht habe. Nach der Darstellung des Bundeswirtschaftsministeriums hat die Ruhrbehörde die Bundesregierung nicht um Vorschläge zur Festsetzung der Exportquote ersucht, sondern lediglich um Zahlenmaterial über Kohlenförderung, -versorgung und -bedarf des Inlandes. Abgesehen davon, daß statistische Ermittlungen dieser Art zweifellos mit aller Gründlichkeit angestellt werden, müßte ein solcher Vorwurf aber auch deshalb als verfehlt bezeichnet werden, weil man die Entscheidung über eine so wichtige Sache nicht von Formfragen abhängig machen kann. Wenn man schon vorgibt, die Grundstoffproduktion Europas als eine Einheit zu betrachten, dann sollte man auch daraus die Konsequenzen ziehen und es nicht zu Versorgungs- und Produktionsstörungen kommen lassen, wie sie nunmehr zu befürchten sind. Der lachende Dritte bei dieser witzvollen Schaustellung ist der Osten.

England exportiert zu wenig

Es bleibt aber trotz aller guten Gründe, wie Produktionssteigerung und Rüstung usw., doch immerhin überraschend, wie es plötzlich zu dieser Kohlenkrise kommen konnte, und hier nun ist eine Stellungnahme der „New York Times“ über die westeuropäische Kohlenlage sehr interessant. Dieses Blatt glaubt nämlich, Kohle sei in Westeuropa plötzlich zum wertvollsten größten Teil wieder deshalb Mangelware geworden, weil Großbritannien nicht in der Lage sei, seine eingegangenen Exportverpflichtungen zu erfüllen. Dabei klettert die Kurve des Inlandkohlenverbrauches in Großbritannien steil in die Höhe, so daß die in langfristigen Handelsverträgen verplanten Exportkohlenmengen praktisch im Inland verbraucht werden. Während die diesjährige Exportquote des britischen nationalisierten Bergbaues 17,5 Mill t keinesfalls überschreiten dürfte, habe der private britische Bergbau noch im Jahre 1948 eine Kohlenmenge von 38 Mill. t exportiert. Vier Jahre nach ihrer Nationalisierung sei die britische Kohlenindustrie noch weit davon entfernt, als eine „gesunde Industrie“ bezeichnet

werden zu können. Selbst bei Verwirklichung des neuen Kohlenplanes mit einer jährlichen Kohlenförderung von insgesamt 240 Mill. t werde die Rekordförderung vom Jahre 1913 mit 287 Mill. t nicht erreicht.

Stahlproduktion in Gefahr

Für diese gewiß nicht zugunsten einer Verstaatlichung sprechenden Feststellungen muß dem genannten Blatt die Verantwortung zugeschoben werden. Die westdeutsche Wirtschaft indessen hat mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen. Auf dem Gebiete der Stahlerzeugung erweist sich soeben wieder, daß nur eine Senkung der westdeutschen Exportquote verhindern kann, daß die Produktion völlig in Unordnung gerät und die europäische Verbrauchs- und Rüstungswirtschaft als Ganzes empfindlich geschädigt wird. Im November wird nämlich die Produktion infolge Kürzung der Kohlenzulassungen kaum eine Million t überschreiten. Im Oktober waren noch 1,33 Mill. t Rohstahl produziert worden, für Dezember befürchtet man ein weiteres Absinken auf 0,9 bis 0,8 Mill. t, falls die geplante Kohlenzuteilung von rund 1 Mill. t nicht auf das erforderliche Soll von etwa 1,2 Mill. t gebracht werden kann. Auch die Roheisenerzeugung, die im Oktober noch 927 000 t betrug, und die Walzwerkproduktion, die im Oktober bei rund 781 000 t lag, wird voraussichtlich hinter den Ergebnissen der Vormonate zurückbleiben.

Wichtiges in Kürze Nahrungsmittelpreise steigen weiter

WIESBADEN. Die Verbraucherpreise ausgewählter Nahrungsmittel entwickelten sich in der Zeit vom 16. bis 17. November in den zehn Landeshauptstädten des Bundesgebietes zwar uneinheitlich, doch überwiegend im großen und ganzen nach Mitteilung des statistischen Bundesamtes die steigende Preistendenz.

Insbesondere beim Schweinefleisch setzten neuerliche Preiserhöhungen ein; die Preise liegen damit jetzt um nahezu 30 Prozent über den Preis vom 15. Juni. Auch Rindfleisch, dessen Preise nach vorübergehender Abschwächung in der Berichtwoche gleichfalls überwiegend stiegen, lag noch rund 2 Prozent über dem Preisstand von Mitte Juni. Bei Schweinefleisch lasse sich zwar kein genaues Bild gewinnen, doch seien auch hier die Verbraucherhöchstpreise weiterhin bei den meisten Sorten überschritten worden. Speiseölpreise dagegen im allgemeinen rückläufig. Bei den Getreiderzeugnissen setze sich die Angleichung an das allgemeine Preisniveau fort; auf der anderen Seite bröckeln jedoch die Preise für Nahrungsmittel, die durch die Getreidepreiserhöhung besonders stark angezogen hatten, zum Teil wieder ab.

Textilproduktion auf Nachkriegshöchststand

KASSEL. Die Erzeugung der Textilindustrie des Bundesgebietes erreichte in allen Sparten einen Nachkriegshöchststand. Zellwolle stieg auf 10 312 t gegenüber 9349 t im September und überstieg zum erstenmal seit Kriegsende die 10 000-t-Grenze. Produktionsziffer für Garne aller Art außer Kunstseide 46 417 t (+ 3091 t). In der Wolllinnerei hat die Erzeugung von Streichgarnen um 6,4% zugenommen, bei Kammgarnen betrug der Produktionszuwachs 3,7%. Besonders stark war die Zunahme bei Drei- und Vierzähndergarnen der Baumwollspinnerei mit 7,2%. Die Garnverarbeitung in Weberei, Wirkerei und Strickerei hat sich weiter stark erhöht — 43 120 t gegenüber 40 075 t im Vormonat.

Lebhafter Zementexport nach den USA

WASHINGTON. Der deutsche Zementexport nach den USA ist außerordentlich angestiegen und erreichte nach Angaben des amerikanischen Handelsministeriums im September rund 45 000 t gegenüber 12 000 t im August.

Keine Sperrung des Reiseverkehrs mit der Schweiz

BERN. Die Schweizer Zentrale für Verkehrsförderung demontierte am Montag alle Gerüchte über eine durch die schlechte deutsche Devisenlage bedingte Sperrung des Reiseverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz. In der amtlichen Erklärung heißt es, die Bundesrepublik

Dabei schickt man sich an, am Monatsende über die künftige Regelung der Stahlquote zu verhandeln. Deutsche und alliierte Vertreter sollen sich auf dem Petersberg zusammensetzen und man rechnet damit, daß die von 1951 an geltende neue Jahresquote kurz nach der Verkündung des revidierten Besatzungsstatutes bekanntgegeben wird. In Bonn hat man davon gesprochen, daß hierbei von den Alliierten eine Regelung dahingehend vorgeschlagen werden soll, daß die bisherige Stahlquote von jährlich 11,1 Mill. t ausschließlich für den innerdeutschen Bedarf zur Verfügung steht, und die von der deutschen Stahlindustrie darüber hinaus für den Export produzierten Mengen keiner alliierten Kontrolle mehr unterworfen werden. Es ist in diesem Zusammenhang offiziell auch schon einiges über die amerikanischen Stahlwünsche verlautet, und zwar sind stattliche Millionenziffern — zuletzt 7 Mill. t — genannt worden. Obwohl es sich hier nur um ganz unverbindliche und von keiner offiziellen Stelle erwähnte Angaben handelt, darf man annehmen, daß sich die Dinge ungefähr in dieser Richtung bewegen werden. Was nutzen uns aber die schönsten Produktionsvollmachten, wenn man auf dem Gebiet des Kohleexports immer noch eine Regelung beibehält, die durch die Entwicklung weit überholt ist und die sich, nachdem die gesetzlichen Produktionsbeschränkungen endlich fallen, als eine viel wirksamere indirekte Produktionsbeschränkung erweist?

teile gemäß den Beschlüssen der OEEC Devisen im Rahmen einer Jahreskopffquote für den nicht-geschäftlichen Reiseverkehr nach allen Mitgliedstaaten der OEEC, also auch der Schweiz, zu. In einer Mitteilung wird darauf hingewiesen, daß sich in den Händen der deutschen Reisebüros noch recht ansehnliche Devisenbeträge aus den ehemaligen deutsch-schweizerischen Reisekontakten befinden, die der schweizerischen Winter-saison 1951 zugute kommen sollten.

Länder wollen Kohlenversorgung lenken

BONN. Die Wirtschaftsminister der Bundesländer haben beschlossen, das in Nordrhein-Westfalen angewandte System zur Lenkung der Kohleversorgung allgemein zu übernehmen. Danach wird die Versorgung, insbesondere der Kleinverbraucher einschließlich Hausbrand, durch Landesbeauftragte gesteuert, die jeweils für einen Land- oder Stadtkreis zuständig sind.

Pendelwanderung und Personentarif

Für Württemberg-Hohenzollern ein besonderes Problem

(*) Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern von Württemberg-Hohenzollern hat in einem Schreiben an das Wirtschaftsministerium Einwendungen gegen die geplante Tarifierhöhung der Bundesbahn vorgebracht.

Hinsichtlich der Tarife für die Zeitkarteninhaber im Berufsverkehr muß zwar zugegeben werden, daß diese einer Ueberprüfung bedürfen, da sie seit 1924 nicht mehr geändert wurden; andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Erhöhung der Tarife im Berufsverkehr für Württemberg sehr einschneidende Folgen hat. Die Pendelwanderung trat nämlich in Alt-Württemberg seit jeher am stärksten auf. Heute gibt es rund 72 000 Pendler in Württemberg-Hohenzollern, das ist etwa die gleiche Zahl wie 1939. Von rund 350 000 Arbeitnehmern (Arbeiter, Angestellte und Beamte) stellen sie also rund ein Fünftel dar. Schwerpunkte der Pendelwanderung sind die Industriestädte Reutlingen, Friedrichshafen—Ravensburg, Tuttlingen, Rottweil und Schramberg.

Annähernd 90 Prozent der Pendler gehören den industriellen und handwerklichen Berufen an. Setzt man diese Zahl von schätzungsweise 60 000 mit der Gesamtzahl der in Industrie und Handwerk Beschäftigten von rund 225 000 ins Verhältnis, so ergibt sich ein Anteil der Pendler von rund 27 Prozent. Auch wenn man unter-

Bundesfinanzminister Schäffer: Einkommenbelastung läßt sich nicht erhöhen

BONN. Bundesfinanzminister Fritz Schäffer ist der Auffassung, daß die unmittelbare Belastung der Einkommen in der Bundesrepublik sich nicht erhöhen läßt. Deshalb kommt der von amerikanischer Seite angeregte Umbau des deutschen Steuersystems auf stärkere Betonung der Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer nicht in Betracht.

In der Bundesrepublik fallen etwa 30% der Steuereinnahmen auf die Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer, während der entsprechende Satz in den Vereinigten Staaten 65% beträgt. Die Ergiebigkeit der Einkommensteuern hänge, wie hierzu vom Bundesfinanzministerium erklärt wird, stark vom Wohlstand der Bevölkerung ab. In einem Lande mit hohen Einkommen, wie es die USA sind, könnten natürlich bei verhältnismäßig niedrigen Steuersätzen hohe Einnahmen aus diesen Steuern gewonnen werden.

Ein genauer Vergleich der deutschen und der neuen amerikanischen Steuerartefakte zeige, daß die Einkommen in Deutschland, selbst wenn der Dollar nur mit 2 DM umgerechnet werde, steuerlich sehr viel stärker herangezogen werden. Wenn man die zusätzlichen Leistungen an Vermögenssteuern, Notopfer Berlin, Soforthilfe und andere berücksichtigt, die in den USA nicht verlangt werden, ergebe sich sogar vielfach eine Belastung von mehr als 100% (der Einkommen! Die Red.). Die in der Bundesrepublik nur für eine Uebergangszeit eingeräumten Steuervergünstigungen bewirken — so wird anerkannt — nur in wenigen Fällen einen endgültigen Steuervorteil, da die Abschreibungen nur zeitlich zum Vorteil des Steuerpflichtigen verschoben worden seien.

Leider sei die Bundesrepublik nicht in der glücklichen Lage der USA, sich geringe Einkommensteuertarife zusammen mit noch weit niedrigeren Verbrauchssteuern leisten zu können. Da die Staatsnotwendigkeiten und nicht die Belastbarkeit der Einkommen aber die Höhe des Finanzbedarfs bestimmen, müsse man wohl oder übel die Umsatz- und Verbrauchssteuern entsprechend steigern.

Kohlezusagen für Energiewirtschaft

FRANKFURT. Das Bundeskabinett will dafür eintreten, daß der Kohlebedarf der Energiewirtschaft im Dezember voll gedeckt wird. Wie von seiten der Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände der Elektrizitätswerke verlautet, ist den öffentlichen Kraftwerken und Eigenanlagen der Industrie eine Kohlenmenge von etwa 1 Mill. t für den Weihnachtsmonat zugesagt worden. Sollte diese rechtzeitig ausgeliefert werden, würden keine Stromeinschränkungen notwendig sein. Fachkreise der Energiewirtschaft nehmen diese Zusage vorläufig mit einiger Zurückhaltung auf.

stellt, daß ein Teil der Pendler besonders im Sommer die Eisenbahn nicht in Anspruch nimmt, so würden diese Personen zumindest in den Wintermonaten von der Tarifierhöhung betroffen werden. Die Lebenshaltungskosten gerade dieser großen Zahl von Familien, die sowieso durch die Fahrkosten zum Wohn- und Arbeitsort belastet sind, würden dadurch noch mehr erhöht. Die Ausgaben für „Verkehr“ einer vierköpfigen Arbeiterfamilie sind in Württemberg rund 30 Prozent höher als 1938, ohne daß der der Berechnung zugrunde gelegte Haushaltstypus als Pendler angenommen wurde. Die Lebenshaltungskosten würden sich bei der allgemeinen Teuerungswelle seit Juli 1950 für den Pendelarbeiter noch fühlbarer bemerkbar machen. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß die Entfernungen vom Wohn- zum Arbeitsort im allgemeinen größer sind als vor dem Kriege (Unterbringung von Heimatvertriebenen, Flüchtlingen usw. in abgelegenen Orten).

Die Industrie- und Handelskammern weisen mit Recht darauf hin, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für eine Erhöhung der Zeitkartentarife wenig geeignet erscheint. Bei allgemein steigenden Lebenshaltungskosten sei es nicht zu verantworten, die Ausgaben der zahlreichen Berufspendler in Württemberg-Hohenzollern auch noch zusätzlich durch eine Erhöhung der Fahrtkosten zu belasten.

Das Weihnachts-Geschenk:



ROTBART
RASIER-
APPARATE

Gut rasiert - gut gelohnt!

Sexal I. sof. Anregung für
ho. G. Unschädlich
Ausführt. Schrift 8 h. Freikouvert
UNIT pharm., Kiel-Wik, Fach 167



FREUNDE
DES GUTEN
GENUSSES

REWEVEN
LITKORE

SCHWARZWALDENBEREIDUNG GMBH CALW

MILKA - ja, das ist leckerer Käse!

...und es gibt 6 verschiedene Milka-Käsesorten!

Für wenig Geld bringt Milka mehr Abwechslung in Ihren Speisezettel. Jede Milka-Sorte erschließt Ihnen neue, köstliche Genüsse. Milka ist immer frisch und ohne Rinde — jedes Gramm wird restlos ausgenutzt!

Probieren Sie die Milka-Käseplatte!

Mit dieser Milka-Sonderpackung erhalten Sie 4 besonders beliebte Käsesorten für nur 80 Fig. — und dazu die Milka-Rezeptbeilage.



Zürich-Schweiz
vom 27.—31. Dez. 1950 — 5 Tage
Die Fahrt wird mit modernen, geheizten Reiseomnibussen ausgeführt.
Anmeldung sofort erbitten!
Südwestdeutsches Reisebüro
Tübingen,
Uhlandstraße 9 — Tel. 25 33
oder
Autohaus Müller
Mörslingen — Telefon 194

Die richtige Nummer
ist wichtig bei Beantwortung von Kennziffer-Anzeigen! Achten Sie daher bitte darauf, daß der Umschlag mit Ihrem Angebot oder Ihrer Bewerbung die gleiche Ziffer-Nummer trägt, wie die Anzeige, auf die Sie schreiben.

Warta veredelte Seife pflegt die Haut



Wohlbekömmlich



Urquell
mit dem Schinkenbild

ALLEINIGER HERSTELLER
O. Köhlig
Grenzhagen in Westfalen
GUT VERDAULICH — ZU ALLEN ZEITEN

würzig - mild

Nagolder Stadtgehehen

Wir gratulieren

Heute wird Frau Rosine Dangel geb. Vollmer (Zwingerweg 6) 73 Jahre alt; am Donnerstag erreicht Frau Elise Moser geb. Bischoff (Querstraße 1) das 76. Lebensjahr.

Vom Schachturnier in Calw

Die Schachabteilung des VfL Nagold hatte am Sonntag Pech und unterlag bei dem Kampf um 12 Brettern im „Hirsch“ in Calw mit 4:8 Punkten. Man hatte einige der besten Nagolder Spieler ersetzen müssen, sodaß das Glück zugunsten der Calwer entschied. Aber damit soll die Leistung der Calwer, die vorzüglich spielten und sich über ihren Erfolg freuten, nicht geschmälert werden. Für Nagold mag das Ergebnis Lehre und Ansporn für die weiteren Kämpfe sein. Daß man auch bei den Behörden für das Schachspiel Verständnis hat, ist gewiß selten; deshalb sei mit Genugtuung festgestellt, daß Bürgermeister Breiting und Stadtbaumeister Knöller, die beide schon manches Turnier mitgemacht haben, auch in Calw mit von der Partie waren.

Filmvorschau - Tonfilmtheater Nagold

„Mit Büchse und Lasso“ ist wieder ein echter Wildwestchlager, der heute und morgen im Tonfilmtheater Nagold läuft. Auf der KC-Ranch wird der Besitzer ermordet und die Farm wird nun von 2 Frauen bewirtschaftet. Der junge Cowboy Rocklin, der den Verwalter machen soll, will unter den Frauen nicht arbeiten und nimmt anderswo Stellung. Es kommt zu schweren Auseinandersetzungen um das Erbe, das in Wirklichkeit dem nicht-ahnenden Rocklin zusteht. Aufregende Feuergefechte, Mord, Falschspiel, romantische Liebe und Eifersucht: aus diesen Zutaten ist wieder einmal echtes Wildwest mit allem drum und dran auf die Leinwand gezaubert. Prichtige Menschentypen, ausgemachte Schurken und rauhe Cowboys, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, und herrliche Naturaufnahmen dazu erfreuen den Zuschauer. John Wayne, Ella Raines, George Hayes und eine Fülle anderer guter Darsteller wirken mit.

Die Landpolizei Calw meldet Verkehrsunfälle

Infolge nichtvorschriftsmäßigen Befahrens einer Kurve am Ortseingang von Enzklosterle ist ein Kradfahrer mit seinem Krad mit einem entgegenkommenden PKW zusammengestoßen. Der Kradfahrer und sein Beifahrer erlitten bei diesem Unfall Verletzungen; es entstand Sachschaden.

Dadurch, daß ein Kradfahrer auf der Straße Enzklosterle-Wildbad seine beabsichtigte Fahrtrichtungsänderung nicht anzeigte, ist ein PKW, der die gleiche Richtung befand und in dem gleichen Augenblick den Kradfahrer überholen wollte, mit diesem zusammengestoßen. Der Kradfahrer stürzte und erlitt erhebliche Verletzungen. An beiden Fahrzeugen entstand erheblicher Sachschaden.

Versammlung der Feuerwehrkommandanten in Calw

Gründung eines Kreisfeuerwehrverbandes geplant

Am Samstag vormittag versammelten sich im Saalbau Weiß in Calw die Feuerwehrkommandanten des Kreises Calw zu einer von Kreisbrandmeister Staud einberufenen Dienstversammlung. Die Vertreter der 103 Gemeindefeuerwehren im Kreis waren fast vollständig zu dieser wichtigen Besprechung erschienen. Eine besondere Note erhielt die Zusammenkunft durch die Anwesenheit des neu ernannten Landesbrandmeisters, Kreisbrandmeister Boley-Reutlingen.

Nach Begrüßung der anwesenden Kommandanten durch Kreisbrandmeister Staud wurde in die umfangreiche Tagesordnung eingetreten. Das wichtigste Thema dieser Dienstversammlung war die Neufestsetzung der Mannschaftsstärke der Feuerwehren. Der Kreisbrandmeister führte dazu aus, daß die Herabsetzung der Feuerwehrestärke auf die Dauer kein tragbarer Zustand für den Feuerchutz der Gemeinden gewesen war. Vor allem in den Landgemeinden mit 11, 14 und 18 Mann, hätten die vorhandenen Geräte nicht einmal ausreichend bedient werden können. Die Bürgermeister und Kommandanten hätten immer wieder auf diese unhaltbaren Zustände im Feuerlöschwesen hingewiesen. Auch die Aufsichtsbehörde hätte alles getan, um eine Erhöhung zu erreichen. Das französische Landeskommissariat hätte nunmehr die Erlaubnis zu einer allgemeinen Erhöhung der Sollstärke der Feuerwehren in Württemberg-Hohenzollern auf 29.000 Mann — bisher 15.967 Mann — gegeben. Für den Kreis Calw würde dies eine Erhöhung von 1734 auf 3200 Mann bedeuten. Nach dieser Sollstärke im Kreis würde nunmehr die Zahl der Feuerwehrangehörigen in den einzelnen Gemeinden festgesetzt. Dazu hatte Kreisbrandmeister Staud einen Vorschlag ausgearbeitet, der den Kommandanten bekanntgegeben wurde. Die Höhe der Mannschaftsstärke wurde nach der Einwohnerzahl, unter besonderen Berücksichtigung der vorhandenen Feuerlöschgeräte und dem Grad der Feuergefährdung der Gemeinden, errechnet. Teilorte mit über 50 Einwohnern, die mehr als 2 km vom Mutterort entfernt liegen, erhalten eine eigene Löschgruppe. Nach diesen Richtlinien werden in Zukunft die Feuerwehren in den Landgemeinden 22, 31, 40 und die Städte etwa 70-75 Mannwehrlöscher haben. Die erhöhte

Die letzte Sitzung des Amtsgerichts Nagold am Montag hatte sich ausschließlich mit Übertretungen und Vergehen im Straßenverkehr zu befassen. Wir greifen nur ein paar Fälle heraus, aber man kann bei dem ständigen Anwachsen des Verkehrs auf der Straße und der damit verbundenen erschreckenden Häufung der Unfälle nicht oft genug die Verkehrsteilnehmer belehren und warnen.

Ich bin ein guter Radfahrer

Bei der 800-Jahrfeier in Berneck begegnete ein LKW-Fahrer auf der völlig geraden Straße kurz vor dem Festsitz einem Radfahrer, der auf Bankett fuhr und beim Sturz einen Finger brach, da der LKW zu weit in der Fahrbahn war. Als er den Beifahrer des LKW-Fahrers stellte, kam es zu einem Wortwechsel, bei dem ihm versichert wurde, er könne „eines auf den Rüssel“ haben. Immerhin war der Radfahrer 9 Wochen arbeitsunfähig, auch ohne daß er eines auf den Rüssel bekam. In der Gerichtsverhandlung stand Aussage gegen Aussage. Der Kraftfahrer betonte: „Ich bin ein alter Kraftfahrer“ und der Mann des Velocipeds behauptete: „Ich bin ein guter Radfahrer“, was er freilich wörtlich, nicht bildlich verstanden wissen wollte. So mußte der Zeuge denn verurteilt werden, da außer dem gebrochenen Ringfinger keine anderen Beweismittel vorlagen. Das kostete den LKW-Fahrer 50 DM Strafe.

Was hat die Polizei mit der Mutter zu tun?

Ein Mechanikermeister in einer Reparaturwerkstatt hatte auf einer Probefahrt mit einem reparierten Auto die rote Werkstattnummer vergessen und wurde dabei von der Polizei erappt. Bei der Aufnahme der Personalia wurde er auch nach dem Geburtstag der Mutter gefragt. Als freier Bürger der Demokratie verweigerte er die Aussage, da die Mutter seiner Ansicht nichts damit zu tun hatte. Aber er bedachte nicht, daß wir ja vor allem in einer Bürokratie leben, die vielerlei registrieren will, und mußte bei der 2. Vernehmung doch klein begeben.

Wir haben uns erkundigt: Es handelt sich natürlich nicht um eine Schikane der Polizei, sondern um eine amtlich vorgeschriebene Prozedur, deren Ausübung dem Polizeibeamten oft genug peinlich ist wie z. B. bei der Feststellung des Einkommens. Aber gerade das letztere ist meist für den Angeklagten von großer Wichtigkeit, da die Strafhöhe wesentlich davon abhängt. In dem geschilderten Fall wurde das Verfahren vom Gericht wegen Geringfügigkeit eingestellt; dem Angeklagten konnte wirklich nichts Böses nachgewiesen werden. Aber jetzt hat er sich noch mit dem Finanzamt auseinandersetzen, das ihm wegen Steuerhinterziehung (der PKW war nicht versteuert) 21 DM aufbrummte. Ja, bei uns herrscht Ordnung!

Bestrafung des vorsichtigen Fahrers

Ein Autofahrer aus Stuttgart, der seit 1924 den Führerschein besitzt und monatlich seine 3-6.000 km fährt, war bisher ohne die geringste Strafe durchs Leben gefahren. Er

machte mit seinen 60 Jahren auch den besten Eindruck und ist sicher ein sehr gewissenhafter Fahrer. Im Sommer fuhr er bei Rohrdorf in die Einfahrt der Tuchfabrik. Er überzeugte sich, daß die Fahrbahn frei war und daß erst 150 m zurück ein anderer PKW kam. Als er nach Auslösung des Richtungsanzeigers langsam links eingebogen war und, weil die Einfahrt gesperrt war, Halt machte, hatte inzwischen der andere PKW so stark gebremst, daß er ins Schleudern kam und erheblichen Schaden davontrug. Man muß aber wissen, daß die Fahrbahn für mindestens 2 Fahrzeuge frei war; weshalb also hatte der andere so irrsinnig gebremst? Und weshalb hatte man ihn nicht als Zeugen geladen?

Es ist wohl so, daß er zur Überholung angesetzt hatte und im letzten Augenblick erst (er fuhr mit 70-80 km) das Manöver vor sich bemerkte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 15 DM, weil er die Vorfahrtsberechtigung des Verunglückten nicht einkalkuliert hatte oder nicht rascher abgewandt war. Hier sind wir mit dem Gericht nicht einig; der Verunglückte hatte mindestens die gleiche Vorsicht zu beachten, und es blieb ungeklärt, weshalb er gebremst hatte.

Alkohol im Blut

Es ist kein Zweifel, daß der Alkoholgenuß schon an vielen Unfällen die Schuld trug. Aber immer wieder hört man, wie sich Autofahrer damit brüsten, sie wüßten genau, wieviel sie trinken dürften, ohne die Fahrsicherheit einzubüßen. Das ist bestimmt falsch, wenn auch jeder Mensch auf Alkohol verschieden reagiert. Der Fahrer eines Lieferwagens, der am 20. September abends bei Rohrdorf einen parkenden Pkw mit Anhänger leicht streifte, wobei der Fahrer, der einen Reifen montieren mußte, verletzt wurde, war keineswegs betrunken, aber der Alkoholgehalt seines Blutes betrug 0,19 ‰ — und das ist auf alle Fälle zuviel. Er fuhr über eine Werkzeugkiste und merkte nicht; der Beifahrer machte ihn wohl aufmerksam, aber er fuhr ruhig nachhause, wo er bald darauf von der Polizei geholt wurde. Das Gericht ging bei seiner Verurteilung davon aus, daß er unter dem Einfluß des Alkohols stand, also keine Fahrerflucht beging. Dafür verurteilte es ihn wegen fahrlässiger Körperverletzung, bezugnehmend auf angetrunkenem Zustand am Steuer, zu 6 Wochen Gefängnis.

Er zog das Genick ein

Aus der Untersuchungshaft, in der er sich wegen eines verwehnten Einbruchs befand, wurde ein Mann aus W. vorgeführt und stand unter der Anklage der Körperverletzung und Fahrerflucht. Er hat mit seinen 32 Jahren schon ein abenteuerliches und bewegtes Leben hinter sich, und man kann ihm auch für die Zukunft wenig Chance geben. Als er mit einem gemieteten Wagen bei W. einen Lastzug streifte, hielt er erst 200 m später an und fuhr dann rasch weiter, da er den Fahrer des Lastzuges kommen hörte. Dieser schilderte den Unfall sehr drastisch und natürlich: „Als ich den PKW auf mich zufahren sah, zog ich das Genick ein und hielt an“. Das kann man sich gut vorstellen! Am anderen Morgen fand er in einem aufgeschlitzten Reifen die Klinge einer Autotüre, sodaß man dem Missetäter bald auf die Spur kam. Der Angeklagte fand mit seinen sehr selbstlicher vorgebrachten Ausreden keinen Glauben, sondern wurde zu 60 DM wegen Übertretung der Straßenverkehrsordnung und 2 Wochen Gefängnis wegen Fahrerflucht verurteilt.

Einheitliche Fremdenverkehrswerbung

In Freudenstadt fand eine Tagung des Gebietsausschusses Schwarzwald in dem Landesverkehrsverband Württemberg statt, an der etwa 60 Vertreter der Fremdenverkehrsorganisationen, der Kur- und Verkehrsvereine, der Fremdenverkehrsgemeinden, der Kreisverbände, der Hotels und Gaststätten teilnahmen. Landrat a. D. Wagner, Calw, der Vorsitzende des Gebietsausschusses konnte u. a. den stellvertretenden Vorsitzenden des Landesfremdenverkehrsverbandes Württemberg, Bürgermeister Klepper, Bad Liebenzell, sowie Hauptgeschäftsführer Mühlhäuser, Stuttgart, begrüßen. Außerdem waren u. a. Vertreter der Bahn und Post, sowie Vertreter des Gebietsausschusses Schwarzwald-Hochschwarzwald, des badischen Landesverkehrsverbandes und Hoteller Klumpp, Ruhstein, anwesend.

Im Mittelpunkt der Tagung standen Vorschläge des Geschäftsführers des Gebietsausschusses Schwarzwald, Kurdirektor Dr. Förster, Freudenstadt, über eine engere Zusammenarbeit zwischen dem württembergischen und badischen Gebietsausschuß, vor allen Dingen im Hinblick auf die Werbung für das einheitliche Fremdenverkehrsgebiet des Nordschwarzwaldes. Nachdem Hauptgeschäftsführer Mühlhäuser einen Überblick über die Arbeit des Landesverkehrsverbandes Württemberg gegeben hatte, befaßte sich Kurdirektor Dr. Förster eingehend mit den zur Erörterung stehenden Problemen der Werbung.

Kurdirektor Förster faßte seine Ausführungen in folgenden Vorschlägen zusammen:

1. daß die beiden Gebietsausschüsse des Nordschwarzwaldes im Rahmen der zuständigen Landesverkehrsverbände in Stuttgart und Freiburg in Zukunft eine gemeinsame Gebietswerbung betreiben;
2. daß als erste Maßnahme der gemeinsamen Winterwerbung eine Großanzeige im Stile der Schweizer Werbung gestartet wird,

Altensteiger Stadtchronik

Wir gratulieren

Heute Mittwoch begeht in Altensteig, Rosenstraße Frau Emma Kirn ihren 72. Geburtstag, wozu die Heimatzeitung herzliche Glückwünsche übermittelt.

Vorweihnachtliche Marktstimmung

Der Adventsmarkt in Altensteig gilt mit Recht als der zugkräftigste des Jahres. Auch gestern hielt er in jeder Hinsicht das, was man sich von ihm verspricht. Stand an Stand reihte sich auf dem Marktplatz, eine Fülle reichhaltiger Angebote bietend in Textilien aller Art und Qualität, Trikotagen, Weiß- und Wollwaren, letztere besonders gesucht, sodann eine Vielzahl von Schuhen für jeden Gebrauch, Haushaltsartikel und nicht zuletzt Spielwaren zum bevorstehenden Nikolaustag und Weihnachtsfest. Was wäre ein richtiger Markt ohne das marktschreierische Angebot der allerneuesten „Heil- und Allheil-mittel“, ohne türkischen Honig und gebrannte Mandeln, ohne „Heißen, heißen“ und sonstige Leckerbissen. Es war alles vorhanden und es fehlte diesmal auch nicht an den notwendigen Abnehmern. Selten sah man in Altensteig einen so gut besuchten Markt. Schon in den frühen Vormittagstunden fand sich die Landbevölkerung ein. Waren es zuerst die Bauern und Jungbauern, welche der gut besetzte Vieh- und Schweinemarkt interessierte, so waren es in den Mittags- und Nachmittagsstunden vor allem die Frauen jeglichen Alters, die mit abwägenden Blicken den ganzen Reichtum des Zurschaugestellten musterten und sie letzten Endes doch für das eine oder andere zum Kauf entschließen ließen. Wir wir feststellen konnten, ging das Geschäft nicht schlecht, zu Kaufabschlüssen von mehr oder weniger großem Umfang kam es laufend. Auch die heimischen Geschäfte hatten über Zuspuch nicht zu klagen, wenzgleich der Kauflustige bei der Knappheit der Geldmittel bedächtiger und rechnend seine Wünsche auf das Notwendigste beschränkte. Alles in allem ein guter Markt.

Vieh- und Schweinemarkt

Dem gestrigen Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt 3 Kühe, 7 Ochsen, 7 Kalbinnen, 13 Rinder und 197 Schafe. Bei lebhaften Interesse kam es zu guten Kaufabschlüssen. Die Preise bewegten sich bei Rindern zwischen 300 und 500 DM, Kalbinnen 1050 bis 1150 DM, Kühe 800 bis 1000 DM und Schweine zwischen 110 und 160 DM das Paar.

Ein neuzeitlicher Pritschenwagen

Von besonderem Interesse für die zahlreichen Marktbesucher, vor allem aus den Landgemeinden war ein neuer, in allen Teilen verbesserter Kipper-Pritschenwagen, der von der Firma Alfred Ubrich, Ebershard, gefertigt wurde. Dieser hat eine Plattenhöhe von 76 cm, 4-Radbremsen und besitzt eine Tragfähigkeit von 40 Zentnern. Der Preis für dieses praktische Fahrzeug beläuft sich auf 1200 DM.

Aus der Welt der Oper

Die für Freitag, 1. Dezember vorgesehene 3. Vortragssfolge „Aus der Welt der Oper“ muß wegen Erkrankung von Prof. Lang auf einen noch bekannt zu gebenden Zeitpunkt verschoben werden.

vielleicht in der Reise-Illustrierten in Hamburg;

3. daß für das Gesamtgebiet ein gleichzeitig als Plakat verwendbarer Reliefartenprojekt entwickelt wird, dessen Rückseite frei bleibt und von jeder Gemeinde mit einem lokalen Werbetext versehen werden kann;

4. daß für das Gesamtgebiet auf billige Weise ein Nachrichtenblatt im Stile der Berliner Werbemitter herausgegeben wird, das alle Veranstaltungen, Fahrplanänderungen, Omnibuslinien usw. periodisch verzeichnet und auch einen redaktionellen Teil enthält und kostenlos an Reisebüros usw. versandt wird;

5. daß für nächstes Jahr ein Gebietsprospekt des gesamten Schwarzwaldes erscheint, wie dies jetzt schon für das Rheinland, für die Eifel, also Gebiete, die ebenfalls mehreren Landesverkehrsverbänden angehören, der Fall ist;

6. daß in Zukunft die Unterkunftsverzeichnisse der beiden Landesverkehrsverbände drucktechnisch so aufeinander abgestimmt werden, daß in beiden der Gesamt- oder der Nordschwarzwald geschlossen gemeinsam gedruckt wird und geschlossen aufgenommen werden kann;

7. daß für die Bearbeitung dieser und weiterer Fragen ein Werbeausschuß gewählt und mit der Durchführung beauftragt wird;

In der sich anschließenden Aussprache wurden die Vorschläge Dr. Försters einstimmig gutgeheißen und angenommen. Es wurde ein Werbeausschuß gebildet, dessen Vorsitz Kurdirektor Dr. Förster innehat und dem außerdem Kurdirektor Baurat Bach, Wildbad, Hoteller Ernst Luz, Freudenstadt, und Herr Ackermann, Schramberg, angehören.

Auf der Tagung wurden weiter Fahrplanvorschläge für das Jahr 1951 sowie eine Reihe weiterer Fragen des Fremdenverkehrs besprochen.